



Sicherheitspolitik Bremen

www.sicherheitspolitik-bremen.de

Hans Bösenberg, Oberst a.D.
Alter Postweg 1B, 27374 Visselhövede,
Tel.: 0049-(0)4262-8273, Fax: 032223774007
E-Mail: hans.boesenberg@t-online.de

01. Januar 2010

Newsletter 1/2011

Inhalt

- 1. NATO – Strategisches Konzept**
 1. a. Erarbeitung
 1. b. Inhalte
 1. c. Bemerkungen
 1. d. Bewertung und Ausblick

- 2. Europäische Sicherheit**
 2. a. Euro-Krise
 2. b. Studie „European Council on Foreign Relations“ (ECFR)
 2. c. Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)
 2. c. (1) Europäische Sicherheitsstrategie (ESS)
 2. c. (2) Synchronized Armed Forces Europe (SAFE)
 2. c. (3) Multinationale Zusammenarbeit
 2. d. Bewertung und Ausblick

- 3. Links**

1. NATO - Strategisches Konzept 2010

1.a. Erarbeitung

Vor dem Hintergrund neuer Bedrohungen und nach der Aufnahme neuer Mitglieder mit eigener Interessenlage war eine Standortbestimmung des Bündnisses in der Ära nach Nine-Eleven überfällig. Eine Strategie für das nächste Jahrzehnt war zu entwickeln. Bei stark divergierender Bedrohungsperzeption der Mitgliedsländer waren dabei vor allem folgende Problembereiche strittig:

- Stellenwert der Bündnisverteidigung nach Art. 5 gegenüber internationalen Kriseneinsätzen;
- Adäquate Antworten auf die globalen Herausforderungen wie Klimawandel und Ressourcenverknappung und auf neue Bedrohungen wie „failing (failed) states“, Cyberwar und Piraterie;
- Einordnung in die veränderte globale Sicherheitsarchitektur, insbesondere Bestimmung der Beziehungen zu Russland;
- Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik;
- atomare Rolle des Bündnisses;
- Einführung eines Raketenabwehrsystems.

NATO-Generalsekretär Rasmussen ging in die abschließenden Verhandlungen des Konzeptentwurfs mit dem optimistischen Anspruch: „Dieser Gipfel wird einer der wichtigsten in der Geschichte der NATO. Er wird ein modernes Bündnis formen, eine ‚Nato 3.0‘. Die erste Version war die des Kalten Krieges, eine sehr erfolgreiche. Die zweite hat den Übergang in ein geeintes, freies Europa geschafft. Und die Version ‚Nato 3.0‘ stellt sich den Sicherheits Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die Nato wird effektiver, engagierter und effizienter.“ (Interview ‚Die Welt‘ vom 14.11.2010).

An skeptischen Stimmen zum Strategischen Konzept herrschte anlässlich des Lissaboner Gipfels andererseits in den Medien kein Mangel:

- Die Wochenzeitung ‚Die Zeit‘ titelte „Zukunft der Nato - niemand weiß, wohin es geht“ und schrieb am 18.11.2010: „Die falschen Fronten: Nato und Bundeswehr geben sich eine neue Strategie. Leider ist sie schon überholt.“
- In der ‚Süddeutschen‘ war am 19.11. zu lesen: „Die Nato rettet sich durch praktische Vernunft vor dem Verfall. Doch was soll das Bündnis ohne klaren Gegner eigentlich noch. Gäbe es die Nato nicht, man müsste sie auch nicht erfinden.“
- Und die ‚Frankfurter Rundschau‘ meinte am gleichen Tag: „Herausforderungen begegnet die Nato mit Autosuggestion. (...) Auch das neue Strategie-Konzept des Bündnisses dient vor allem der Selbstbeschwörung.“

1.b. Inhalte des Strategischen Konzepts

Das Strategische Konzept 2010 „Active Engagement, Modern Defence“ wurde am 20. November in Lissabon verabschiedet. Ergänzende Festlegungen finden sich in der ebenfalls in Lissabon beschlossenen Gipfelerklärung.

Als die 3 Kernaufgaben werden betont:

- Kollektive Verteidigung (Artikel 5-Beistandsverpflichtung als „greatest responsibility of the Alliance“)
- Krisenbewältigung (vor, während und nach Konflikten, die die Sicherheit der Allianz berühren)
- Kooperative Sicherheit (Stärkung der internationalen Sicherheit durch weltweite Kooperation).

Als neue Bedrohungen werden besonders herausgestellt:

- Proliferation von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Raketen
- Terrorismus
- Internationale Kriminalität
- Cyber attacks
- Angriffe auf die komplexe und vernetzte Infrastruktur hochindustrialisierter Gesellschaften
- Ressourcenverknappung.

Bemerkenswert sind folgende Passagen, die Fähigkeiten und Absichten spezifizieren (Zitate):

- Die Abschreckung auf der Grundlage einer geeigneten Mischung aus nuklearen und konventionellen Fähigkeiten bleibt ein Kernelement unserer Gesamtstrategie;
- Wir werden die Fähigkeit entwickeln, unsere Bevölkerungen und Gebiete gegen einen Angriff mit ballistischen Flugkörpern als ein Kernelement unserer kollektiven Verteidigung zu verteidigen, was zur unteilbaren Sicherheit des Bündnisses beiträgt. Wir werden aktiv die Zusammenarbeit mit Russland und anderen euroatlantischen Partnern in der Raketenabwehr anstreben;
- Die aus NATO-Operationen gezogenen Lehren, insbesondere in Afghanistan und im westlichen Balkan, machen deutlich, dass ein umfassender politischer, ziviler und militärischer Ansatz für eine wirksame Krisenbewältigung erforderlich ist;

- Wir werden eine geeignete, aber bescheidene zivile Krisenbewältigungsfähigkeit einrichten, damit wir mit zivilen Partnern wirksamer agieren können, wobei wir auf den in NATO-geführten Operationen gemachten Erfahrungen aufbauen;
- Die Tür zur NATO-Mitgliedschaft bleibt für alle demokratischen europäischen Staaten völlig offen, die die Werte unseres Bündnisses teilen sowie willens und in der Lage sind, die Aufgaben und Verpflichtungen einer Mitgliedschaft zu übernehmen, und deren Einbeziehung zu gemeinsamer Sicherheit und Stabilität beitragen kann;
- Die Förderung der euro-atlantischen Sicherheit wird am besten durch ein weites Netz von Partnerschaftsbeziehungen mit Staaten und Organisationen rund um den Globus gewährleistet;
- Die NATO und die EU können und sollten bei der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit eine einander ergänzende und sich gegenseitig verstärkende Rolle spielen. Wir sind entschlossen, unseren Beitrag zu leisten, um günstigere Bedingungen zu schaffen, dank derer wir die strategische Partnerschaft mit der EU im Geiste der vollen gegenseitigen Offenheit, Transparenz, Komplementarität und Achtung der Autonomie und institutionellen Integrität der beiden Organisationen umfassend verstärken;
- Wir wünschen uns eine echte strategische Partnerschaft zwischen der NATO und Russland, und wir werden entsprechend handeln, wobei wir von Russland Gegenseitigkeit erwarten;
- Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat und die Partnerschaft für den Frieden sind für unsere Vision von einem ungeteilten, freien und friedlichen Europa von zentraler Bedeutung;
- Wir werden bestrebt sein, die Partnerschaft mit der Ukraine innerhalb der NATO-Ukraine-Kommission und die Partnerschaft mit Georgien innerhalb der NATO-Georgien-Kommission auf der Grundlage des Beschlusses fortzuführen und auszubauen, den die NATO auf dem Bukarester Gipfeltreffen 2008 getroffen hat, und unter Berücksichtigung der euro-atlantischen Ausrichtung oder Erwartung jedes der Länder;
- Wir werden bestrebt sein, die euro-atlantische Integration des westlichen Balkans mit dem Ziel zu erleichtern, Frieden und Stabilität auf dauerhafter Grundlage, gestützt auf demokratische Werte, regionale Zusammenarbeit und gute nachbarschaftliche Beziehungen, zu gewährleisten.

Das Strategische Konzept schließt unter der Überschrift „Ein Bündnis für das 21. Jahrhundert“: „Wir, die führenden Politiker der NATO, sind entschlossen, die Erneuerung unseres Bündnisses fortzusetzen, damit es gerüstet ist, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts auf dem Gebiet der Sicherheit anzugehen. Wir sind fest entschlossen, seine Leistungsfähigkeit als das weltweit erfolgreichste politisch-militärische Bündnis zu erhalten. Unser Bündnis gedeiht als Quelle der Hoffnung, da es auf den gemeinsamen Werten der Freiheit des Einzelnen, der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit beruht und da es unser gemeinsames wesentliches und unveränderliches Ziel ist, die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger zu schützen. Diese Werte und Ziele sind ewig und universell, und wir sind entschlossen, sie im Geiste der Einheit, Solidarität, Stärke und Entschlossenheit zu verteidigen.“

1.c. Bemerkungen zum Strategischen Konzept

- In Lissabon wurde der Aufbau eines bündniseigenen **Raketenabwehrsystems** „zum Schutz der Bevölkerungen, des Gebiets und der Streitkräfte aller europäischen NATO-Staaten“ beschlossen, eine positive Entwicklung gegenüber den ursprünglichen nationalen Plänen der Bush-Administration. Bis zur Realisierung einer Europa zuverlässig schützenden Raketenabwehr ist es jedoch ein weiter Weg. In der „Gipfelerklärung von Lissabon“ werden die Planungsvorgaben vorsichtig mit den Worten relativiert „unter Berücksichtigung des Ausmaßes der Bedrohung, der Erschwinglichkeit und technischen Machbarkeit“. Finanzierung, Führungsorganisation, Systemkompatibilität sind nur einige Stichworte zu Problemzonen.

In die grundsätzliche Diskussion fließt ein, dass ein solches System Auswirkungen auf die strategische Balance hat. Die gegenseitige Abhängigkeit defensiver Raketenabwehrsysteme und offensiver Nuklearwaffen wird bereits in der Präambel des START-Vertrages thematisiert und von russischer Seite regelmäßig in die Diskussion eingebracht. Die NATO bekennt sich eindeutig

weiterhin zum Erhalt einer offensiven Abschreckungsstrategie, die sich vornehmlich auf US-Nuklearwaffen stützt.

- Die **Beziehungen zu Russland** nehmen in der Debatte um das Konzept breiten Raum ein. Unbestritten ist, dass das Verhältnis zu Russland von geopolitischer Bedeutung ist (und nicht ohne die Einordnung Chinas in die sicherheitspolitische Architektur bedacht werden kann).

Der russische Präsident Medwedew nahm am Lissaboner Gipfel teil (Paralleltagung NATO-Russland-Rat 20.11.2010) und sagte Russlands Kooperation in der Raketenabwehr zu. Diese Annäherung, von vielen als „historisch“ gewertet, steht unter dem Vorbehalt des russischen Anspruchs auf eine gleichberechtigte Rolle. Kurz nach dem NATO-Gipfel drohte Medwedew bereits mit einer neuen Runde des Wettrüstens, falls keine befriedigende Vereinbarung erzielt werde. Die im Juni 2008 propagierte „neue europäische Sicherheitsarchitektur“ (Medwedew-Initiative), neuerdings ergänzt durch Putins „Wirtschaftsraum Lissabon-Wladiwostok“, ist nur begrenzt kompatibel mit NATO- und EU-Positionen. Sie verdient dennoch Beachtung und sollte auf ihr Potential unvoreingenommen untersucht werden. Die Ratifizierung des START-Vertrages durch den US-Senat und die schnelle russische Reaktion setzt in diesem Zusammenhang als vertrauensbildende Maßnahme einen wichtigen positiven Akzent.

Weitergehende Zukunftsperspektiven werden debattiert. Von gar nicht so wenigen Mitstreitern unterstützt, befürwortet Ex-Verteidigungsminister Volker Rühle seit längerem den Beitritt Russlands zur Nato in der Langzeitperspektive. Ex-US-Botschafter Kornblum erhebt diese Forderung bereits seit den 90er-Jahren. Selbst der Moskauer Think Tank INSOR, der unter der Patronage von Medwedew steht, hat in einer Studie die Perspektive einer NATO-Mitgliedschaft Russlands für denkbar erklärt. Im Widerspruch dazu sind in der ‚Moscow Times‘ vom 19.11.2010 „Five reasons why Russia will never join NATO“ nachzulesen. Gründe sind nach Meinung des Verfassers Michael Bohm beispielsweise, dass Russland wegen seiner globalen Ambitionen als Superpower die NATO als „Feind“ brauche, keine zivile und demokratische Kontrolle seiner Streitkräfte zulassen werde und dass das Verhältnis zu China schwerwiegend gestört würde. Dieser Einschätzung wird in einem Antwortartikel am 09.12.2010 in der gleichen Zeitung heftig widersprochen. Der Verfasser Alexander Kramarenko argumentiert, dass die zivile Kontrolle über die russischen Streitkräfte immer gegeben war, schon zu Sowjetzeiten, dass ein NATO-Beitritt Russlands keineswegs eine Bedrohung Chinas bedeute und sich insgesamt problemlos in die internationale Sicherheitsarchitektur nach dem Kalten Krieg einfügen würde.

Dass Russland bereit ist, in seinen West-Beziehungen neue Wege zu gehen, deutet sich in mehreren Verlautbarungen an, sei es der deutsch-französisch-russische Gipfel in Deauville, sei es in den Äußerungen auf dem diesjährigen sogenannten ‚Core Group Meeting‘ der Münchner Sicherheitskonferenz in Moskau, das die veränderte russische Haltung zu seinen Westnachbarn verdeutlichte.

In einem Artikel für das Internet-Forum ‚Open Democracy‘ werben Javier Solana und die renommierte Autorin Mary Kaldor für einen gedanklichen Neuanfang in der Gestaltung der globalen und speziell der europäischen Sicherheitsarchitektur: eine „human security architecture“, die unter Abkehr von herkömmlichem geostrategischen Sicherheitsdenken und in Anklang an den Grundsatz „responsibility to protect“ den neuen Bedrohungen durch Fokussierung auf die Sicherheit des Individuums begegnet. Dabei werden KSZE-Grundgedanken der 70er-Jahre ebenso aufgegriffen wie Gorbatschow-Vorschläge der 80er und der Medwedew-Ansatz vom Juni 2008.

- In der **Erweiterungsfrage** formulieren die Strategie einen eindeutigen Grundsatz („völlig offene Tür“). Die Gipfelerklärung geht darüber hinaus auf einzelne Kandidaten ein, bleibt dabei aber im Vagen und vermeidet eindeutige Perspektivaussagen. Während europäischen Kernstaaten wie Mazedonien, Bosnien, Montenegro und Serbien der Beitritt immerhin als erreichbares Ziel genannt wird, bleibt für Georgien und Ukraine der Verweis auf eine Partnerschaft.

- In der Strategie wird ausdrücklich der **„Lessons learned“**-Aspekt hinsichtlich der Einsätze der vergangenen zwei Jahrzehnte angesprochen. Die überzogene Erwartungshaltung in Bezug auf „State Building“-Fähigkeiten wird korrigiert. Die NATO wird bescheidener, bekennt sich zum umfassenden zivil-militärischen Einsatzverbund und zur realistischeren Zieldefinition. Nicht State-Building nach westlichem Vorbild, sondern regionale Stabilität ist das Maximalziel. Die Erinnerung an die in Deutschland in den 90er-Jahren auf dem Weg zur Einsatzarmee propagierte „Kultur der Zurückhaltung“ bietet sich an (ein Begriff, den Deutschlands Verteidigungsminister zu Guttenberg durch „Kultur der Verantwortung“ ersetzt sehen möchte).
- Die **OSZE** findet in der Strategie keine Aufmerksamkeit und wird in der Gipfelerklärung nur flüchtig erwähnt. Dies scheint in dem Anfang Dezember praktisch gescheiterten OSZE-Gipfel in Astana seine Entsprechung zu finden. Diese Negativ-Entwicklung der OSZE dürfte jedoch nicht das letzte Wort sein. Die geschichtliche Bedeutung des KSZE/OSZE-Prozesses, das übergreifende Forum von 56 Mitgliedsländern, aber auch die Berührungspunkte mit Medwedews „neuer europäischer Sicherheitsarchitektur“ werden dafür sorgen, dass die OSZE im Gespräch bleibt und nicht als Akteur abgeschrieben ist. Der sogenannte „Korfu-Prozess“, in dem die OSZE Medwedews Vorschlag aufgreift, bietet einen Ansatzpunkt.

1.d. Bewertung und Ausblick

Durch die Albright-Expertenkommission wurde die Strategie intensiv vorbereitet. Nato-Generalsekretär Rasmussen drückte der endgültigen Fassung seinen Stempel auf.

In dem stark divergierenden Meinungsspektrum der 28 Mitgliedsstaaten wurde in kurzer Zeit ein Dokument erarbeitet, das konsensfähig war und in knapper Form eine Standortbestimmung mit neuen Akzenten verdeutlicht. Die neuen Bedrohungen werden klar angesprochen. Die klassische Artikel 5-Rolle der kollektiven Verteidigung steht im Zentrum, die Konsultationsprozesse nach Artikel 4 gewinnen daneben an Stellenwert und betonen die politische Bündnisrolle. Die weltweite Interventionsbereitschaft wird mit realistischer Skepsis aufrecht erhalten, die globale Kooperationsnotwendigkeit über das Bündnis hinaus offensiv angenommen. Ein weltweites Netzwerk von Sicherheitspartnern unter Einbeziehen soll frühzeitig Risiken auffangen. Die NATO bewegt sich vom vorwiegend militärischen Bündnis zum politischen mit umfassendem vernetzten Handlungsansatz und eigenen „bescheidenen“ zivilen Fähigkeiten.

Die Strategie spricht sich eindeutig für den Erhalt der nuklearen Abschreckung in der überschaubaren Zukunft aus, votiert aber auch für weitere Abrüstungsschritte bis hin zur Langzeitvision des „Global Zero“. Der vor allem von Deutschland gestützte Vorschlag des baldigen Abzugs der in Europa stationierten Nuklearwaffen findet keine ausreichende Unterstützung.

Der Wille zur Kooperation mit Russland wird im Konsens nunmehr aller Mitgliedsstaaten eindeutig betont, ohne dass der Verleitung zu derzeit noch utopischen Konkretisierungen wie einem NATO-Beitritt nachgegeben wird. In dem latenten Konflikt zwischen dem Drang der NATO-Mitgliedsstaaten in Ostmitteleuropa nach Schutz vor russischer Einflussnahme einerseits und dem Bemühen um Verständigung mit Russland andererseits konnte zunächst ein tragfähiger Ausgleich gefunden werden. Ob es allerdings zum ‚Wendepunkt‘, zum ‚reset‘ reicht, ist noch nicht eindeutig abzuschätzen.

Bündniserweiterungen wird derzeit eine Absage erteilt unter Verweis auf die Intensivierung von Partnerschaften, ohne dass der Grundsatz eines offenen Bündnisses aufgegeben wird.

Die Strategie ist geeignet, den Zusammenhalt im Bündnis zu fördern und den Stabilitätsfaktor NATO in seiner globalen Bedeutung zu erhalten. Sie justiert die Rolle der NATO vor dem Hintergrund schwindenden US-Einflusses und des Aufstiegs neuer Mächte. Eine dauerhafte Zukunftsgarantie vermag auch eine solche Strategie dem Bündnis nicht zu sichern. Aber die NATO behauptet in der internationalen Sicherheitsarchitektur ihre Position als wertgebender Machtfaktor, unter realistischer Einschätzung der Fähigkeiten und unter Einordnung in das Völkerrecht und die

dominante Verantwortung der UNO. Der Wert der Strategie wird letztlich an der Konsequenz ihrer Umsetzung gemessen werden. Bedeutsam wird auch sein, ob adäquate Antworten auf neue Ansätze in der Weiterentwicklung der europäischen Sicherheitsarchitektur gefunden werden.

2. Europäische Sicherheit

In der NATO-Gipfelerklärung von Lissabon heißt es: „Die NATO und die EU sind durch gemeinsame Werte und strategische Interessen verbunden. Wir sind entschlossen, die strategische Partnerschaft zwischen NATO und EU zu verbessern.“

2.a. EURO-Krise

Der Euro zeigt sich in den letzten Wochen und Monaten krisengeschüttelt. Die Kritiker haben Konjunktur. Seit langem plädiert der Wirtschaftsprofessor Max Otte für die Abschaffung des Euro („ökonomischer Quatsch“), ohne mit seinem verengten Blickwinkel allzu viele Anhänger zu finden. Der Wirtschaftswissenschaftler Hans-Werner Sinn, häufig zitierter Präsident des ifo-Instituts, warnt vor dem Weg in die ‚Transferunion‘ und hält die Aufnahme der südeuropäischen Länder in die Euro-Zone rückblickend für einen schweren Fehler.

An die Euro-Krise wird vielfach die Überlebensfrage der EU geknüpft. „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“, sagte Angela Merkel auf dem CDU-Parteitag, und auch ‚Die Zeit‘ meint am 09.12.2010 „... wenn der Euro fällt, ist die EU am Ende“. ‚Der Spiegel‘ titelt am 06.12.2010 knapp „Europa brennt“. Der ehemalige EU-Kommissions-Vize Günter Verheugen glaubt, die Führungsnationen Deutschland und Frankreich hätten ihren europäischen Kompass verloren, es fehle an ‚politischer Führung, die das europäische Gemeinwohl vor nationalen Egoismus stellt‘. (‚Der Spiegel‘ vom 20.12.2010). Der luxemburgische Premier, Karlspreisträger und Chef der Euro-Gruppe Claude Juncker, überzeugter Alteuropäer und gleichermaßen Realist wie Visionär, liegt zeitweise im konzeptionellen Clinch mit der deutschen Bundeskanzlerin.

Es besteht weitgehend Einigkeit, dass der Euro mit einem Geburtsfehler behaftet ist: Er wird nicht von einer gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftspolitik getragen, die nur unter erheblichen Souveränitätsabtretungen der Nationen zu haben ist. Die Streitfrage, ob die Einführung gemeinsamer europäischer Anleihen (Euro-Bonds) sinnvoll ist, steht für einen weiteren, wenn auch begrenzten Souveränitätstransfer (in Form einer gemeinschaftlichen Schuldenhaftung). Dahinter verbergen sich die großen Fragen des Projekts ‚Europäische Einigung‘: Gilt noch das Ziel Bundesstaat? Oder zumindest, wie viel Souveränität treten die Nationen an den ‚Staatenverbund‘ ab? Der auf dem Brüsseler Gipfeltreffen vom 17.12.2010 beschlossene, ab 2013 wirksame Euro-Krisenmechanismus (‚Europäischer Stabilitätsmechanismus‘) setzt allenfalls einen Akzent in Richtung einer stärkeren Integration, bleibt jedoch weit hinter den Notwendigkeiten zurück.

Hoffnungsvoll stimmt grundsätzlich ein angesichts der Finanzkrise wachsender Konsens über die Notwendigkeit einer Euro- (oder EU-) gemeinsamen Wirtschaftspolitik, die bereits im Vertrag von Maastricht vorgesehen ist. Ob diese sich nur in Form stärkerer Koordination oder einer substanziellen Integration (‚Wirtschaftsregierung‘) vollzieht, ist jedoch nach wie vor umstritten. Eine gemeinsame Sozialpolitik ist bisher noch weniger erkennbar. Dennoch gewinnt in der Krise die Diagnose „Es braucht mehr Europa, nicht weniger“ zunehmend Anhänger.

2.b. Studie „European Council on Foreign Relations“ (ECFR)

Der renommierte Think Tank „European Council on Foreign Relations“ hat am 19.10.2010 unter dem Titel „The Spectre of a multipolar Europe“ eine Studie veröffentlicht, die sich in ebenso kritischer wie innovativer Weise mit Perspektiven befasst, die über derzeitige Denkmuster hinausweisen. Eine neue Sicherheitsordnung für Europa wird skizziert. Javier Solana klassifiziert die Studie als „an important and bold report that will open a vital debate“.

Die Verfasser argumentieren:

- Das derzeitige EU-Konzept einer europäischen Ordnung, gestützt auf amerikanische ‚hard power‘ und europäische ‚soft power‘, multilateral agierend, organisiert in NATO und EU, bietet keine ausreichende Zukunftsperspektive für die Behauptung Europas im internationalen Mächtekonzept.
- Dieses überholte Konzept ist nicht geeignet, Konflikte wie den kosovarischen, georgischen oder kirgisischen zu lösen oder Auseinandersetzungen um die Energieversorgung zu regeln. Es greift zu kurz, weil es Russland und die Türkei nicht integriert.
- Anstatt die europäische Ordnung auf NATO und EU zu fokussieren, müssten in einem multipolaren Europa die drei Machtpole EU, Russland und Türkei in einem Sicherheits-Trialog kooperieren. Zunächst wäre ein „Europäischer Sicherheitsaktionsplan“ zu erarbeiten, der in einen „Europäischen Sicherheitsvertrag“ einmünden könnte. Ziel ist ein „trilaterales Europa“.
- Sowohl der Medwedew-Vorschlag vom Juni 2008 als auch die türkischen Emanzipationsbestrebungen ließen sich integrieren.

Die Studie thematisiert Gedanken, die auch auf der „Berliner Sicherheitskonferenz“ anklingen, die am 09./10.11.2010 unter dem Leitthema „Die zukünftige Europäische Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur – eine Aufgabe für EU und NATO“ stattfand: Sicherheit für Europa erfordert eine stärkere Einbindung Russlands und der Türkei. Auf die Medwedew-Initiative einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur sollte inhaltlich eingegangen werden. Die Türkei, die sich als eigenständige Regionalmacht etabliert, sollte in dieser Rolle anerkannt und einbezogen werden.

2.c. Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)

Erfreulicherweise stimmen die NATO-Konzept-Planer, die ECFR-Zukunftsstrategen und die Mehrzahl der Eurokrisen-Kommentatoren in einer Hinsicht überein: Einer starken und zukunftsfähigen EU wird eine zentrale Rolle in der internationalen Sicherheitsarchitektur zugesprochen. Und an zentraler Stelle der EU-Zukunftsperspektiven steht wiederum deren „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)“. Auf keinem Sektor stellt sich die Grundsatzfrage des Souveränitätstransfers in größerer Schärfe.

2.c.(1) Europäische Sicherheitsstrategie (ESS)

Die ESS wurde am 12. Dezember 2003 vom Europäischen Rat beschlossen, eine Anpassung der ESS an neue Gegebenheiten ist überfällig. Mittlerweile ist mit dem Vertrag von Lissabon aus der ESVP die GSVP geworden; die erweiterte EU ist in 25 Missionen weltweit tätig geworden; die UN hat das Konzept „In Larger Freedom“ (Responsibility to protect) verabschiedet; die NATO hat sich einen neue Strategie gegeben; zahlreiche Nationen haben ihre Strategien – nicht zuletzt unter den finanziellen Restriktionen der Finanzkrise – neu justiert.

Ergänzende Gedanken zur ESS wurden zwischenzeitlich bereits mehrfach formuliert. Der ‚Hohe Vertreter‘ Solana verfasste im Jahre 2008 einen Umsetzungsbericht, der vom Europäischen Rat bekräftigt wurde. Das Europäische Parlament verabschiedete im März 2010 eine Entschließung zur Umsetzung der ESS und GSVP und erhebt darin zahlreiche konzeptionelle Forderungen und schlägt ein „Weißbuch zur Europäischen Sicherheit und Verteidigung“ vor. Die gemeinsamen sicherheitspolitischen Interessen und Ziele der EU sind zu bestimmen und daraus die Schlussfolgerungen für eine Strategie mit denkbaren Einsatzszenarien und Eingreifkriterien zu ziehen. Die Rolle der EU als eigenständiger wertgebender Machtfaktor und Akteur im globalen Kräftespiel ist zu definieren, das breitgefächerte zivil-militärische Fähigkeitenspektrum als spezifische EU-Kompetenz herauszustellen. Die Beziehungen zur NATO, zu Russland und zur Türkei sind zu präzisieren.

2.c.(2) Synchronized Armed Forces Europe (SAFE)

In diesem Zusammenhang ist auf das Projekt „Synchronized Armed Forces Europe (SAFE)“ hinzuweisen, das im Jahr 2009 vom ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Prof. Hans-Gert Pöttering, angestoßen wurde und mittlerweile mit großer Mehrheit Zustimmung im Europäischen Parlament gefunden hat. Bei der diesjährigen Berliner Sicherheitskonferenz wurde das Projekt erneut ausführlich diskutiert. Es verdeutlicht in besonders akzentuierter Weise die Zukunftsorientierung der GSVP, die im Alltagsgeschäft häufig vernachlässigt wird. Es konkretisiert den Weg zu einer integrierten europäischen Armee, eine (Noch-)Vision, die eine Belebung verdient. Der auf eine Pöttering-Anregung zurückgehende Vorschlag des ehemaligen Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Reinhold Robbe, das Amt eines gemeinsamen europäischen Wehrbeauftragten zu schaffen, der dem Europäischen Parlament verantwortlich ist, passt sich in das Konzept ein.

SAFE definiert einen schrittweisen Übergang von der Zusammenarbeit autonomer nationaler Armeen hin zu einer voll integrierten Europa-Armee. Es wird analog zu den Prozessen verfahren, die zum Euro zum Schengen-Abkommen führten. Jeder EU-Staat bleibt frei in seiner Entscheidung, ob und wie weit er sich beteiligt (opt-in). Der Souveränitätstransfer erfolgt allmählich in verschiedenen Fachsparten wie Ausbildung, Ausrüstung, Einsatzdoktrin. Einsätze werden frühzeitig unter einem gemeinsamen Statut (SOP) durchgeführt.

Dass es ein langer Weg zum Endziel „Europäische Armee“ ist, wird jedem klar, der sich mit den rechtlichen und sozialen Unterschieden der derzeitigen Nationalarmeen befasst. SAFE bietet die Möglichkeit, auf dem Weg dahin Steigerungen an Einsatzbereitschaft zu erzielen, Mittel rationeller einzusetzen, neue Herausforderungen an die GSVP planerisch zu integrieren. Vor dem Hintergrund der Finanznöte aller EU-Mitgliedstaaten sollte SAFE an Schwung gewinnen, Zwischenschritte in Form der „Ständigen strukturierten Zusammenarbeit“ des Lissabon-Vertrages könnten die Handlungsfähigkeit fördern. Bestenfalls könnte SAFE auf dem Sicherheitssektor ähnliche Attraktivität gewinnen wie das sui-generis-Konstrukt „Staatenbund“ auf dem gesamtpolitischen.

2.c.(3) Multinationale (bilaterale) Zusammenarbeit

Die Kooperation einzelner EU-Mitgliedsstaaten, bewährt in multinationalen Korps, gewinnt nach der EU-Erweiterung und dem Vertrag von Lissabon, aber auch unter den Prämissen der Haushaltsmittelknappheit, zunehmend an Bedeutung, sei es als vertragskonforme „Ständige strukturierte Zusammenarbeit“, sei es ohne eine solche Formalisierung. Sie bietet die Möglichkeit, Projekte kurzfristiger und zielgerichteter zu realisieren. Beispiele sind das neue Europäische Lufttransportkommando in Eindhoven, dem bisher vier Nationen Kräfte unterstellt haben, oder die von Deutschland und Schweden initiierte Untersuchung zur arbeitsteiligen Kategorisierung von Fähigkeiten, differenziert nach nationaler, bilateraler und gemeinschaftlicher Bereitstellung. Weitere Kooperationsthemen bieten sich an, wie die Ausbildung oder der Küstenschutz.

Frankreich und Großbritannien haben am 02.11.2010 ein Abkommen über eine vertiefte militärische Zusammenarbeit geschlossen. Diese rein bilaterale Kooperation bezieht sich auf die Nuklearforschung und die gemeinsame Nutzung von Flugzeugträgern, aber auch auf die A400M-Logistik und den Aufbau eines Krisenreaktionsverbandes. Die Meinungen gehen auseinander, ob dieses Abkommen EU-gemeinschaftsförderlich ist oder eher kontraproduktiv wirkt. Ein Papier der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ vom November 2010 sieht in dem Abkommen eine Abkehr von der GSVP, BMVg-Staatssekretär Schmidt stuft es als GSVP-förderlich ein. In der Nato-Gipfelerklärung von Lissabon wird das Abkommen ebenfalls begrüßt. Die Negativ-Einschätzung klingt plausibler. Das Projekt hätte sich EU-konform als „Ständige strukturierte Zusammenarbeit“ etablieren lassen. Eine Einbindung Deutschlands wäre dabei durchaus sinnvoll, sowohl aus Gründen der Synergieeffekte als auch der möglichen Einflussnahme.

2.d. Bewertung und Ausblick

Hoffnungsvoll stimmt eine wiederkehrende Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte: Krisen und Rückschläge haben die EU nach Irritationen langfristig immer voran gebracht und gestärkt. So gibt es glücklicherweise auch zahlreiche Stimmen, die das Bewusstsein für die Dimension des Projekts „Europäische Einigung“ beleben und stärken.

Der Europa-Abgeordnete J. Chatzimarkakis mahnt in einem ‚Die Zeit‘- Artikel vom 04. Dezember 2010: „Im Jahr eins nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon [...] steht Europa also am Scheideweg: Entweder schaffen wir jetzt mehr Europa gegen den Zeitgeist der nationalstaatlichen Renaissance, oder Europa zerfällt in einen losen Club, in dem der kleinste Nenner Arbeitsgrundlage ist. (...) Europa bleibt die große politische Vision des 21. Jahrhunderts, wir haben keine andere.“

In seinem Essay „Herrliche Heimat“ in ‚DER SPIEGEL‘ vom 13.12.2010 schlägt Dirk Kurbjuweit den Bogen von nationalen deutschen Interessen zu den Grundgedanken der europäischen Einigung und speziell zur gemeinsamen Sicherheitspolitik: „Deutschland kann nur noch über die EU Einfluss nehmen. (...) Ein weiteres Feld, auf dem ein europäisches Zusammenwachsen im deutschen Interesse wäre, ist die Sicherheitspolitik. (...) Wenn man das Beste des Deutschen erhalten will, bettet man es europäisch ein. (...) Es ist deutsches Interesse, diesen Weg zu gehen. (...) Für die Deutschen heißt das, sie sollten darauf hinarbeiten, dass die Europäische Union weiter zusammenwächst und zu einem demokratisch voll legitimierten Bundesstaat wird.“

Herman van Rompuy, Präsident des Europäischen Rates, fasste in seiner Berliner „Europa-Rede“ am 09. November 2010 blumig und treffend zusammen: „Was Athen wehtut, schadet auch Amsterdam; und wenn Barcelona aufblüht, geht es auch Berlin gut. Nationale und europäische Interessen lassen sich nicht länger voneinander trennen; sie decken sich. (...) Die europäische Idee ist das erfolgreichste und freizügigste Projekt in der Welt seit 1945. Sie hat den ganzen Kontinent vereinigt und den Menschen Frieden und Wohlstand gebracht.“

Und Helmut Schmidt bringt - trotz seiner bekannten Animosität gegen Visionen - die Aufgabe Europa auf den Punkt (‚Die Zeit‘, Leitartikel vom 16.12.2010): „Es geht im 21. Jahrhundert um die Selbstbehauptung der europäischen Zivilisation (...) Wer in dieser Lage lediglich taktiert und finassiert, wer gar jedwedes Auseinanderfallen des Euro-Verbundes öffentlich diskutiert, dem fehlt jede Weitsicht (...) Weitere Opfer von uns Deutschen an Souveränität und an Geld sind geboten (...) Es ist nicht visionärer Idealismus, sondern unser eigenes strategisches Interesse an der Aufrechterhaltung der Europäischen Union und damit der europäischen Zivilisation, das uns bewegen muss, auf kleine nationale egoistische Vorteile zu verzichten.“

Der große Europäer Jacques Delors charakterisiert die europäische Zivilisation ohne Scheu vor großen Worten und hilft weiter bei der Beantwortung der Frage der europäischen Identität und Zukunftskompetenz: „Europa ist ein Raum, der durch die griechische Demokratie, das jüdisch-christliche Erbe, die Reformation, die Aufklärung und den Einfluss der arabisch-islamischen Welt kulturell geformt wurde. Das ist das Europa, das sich von Amerika, Japan und den anderen Räumen der Welt unterscheidet. Es wird geeint durch eine Art offenen Universalismus, ein bestimmtes Verhältnis zu den großen Fragen von Leben und Tod – ob man nun gläubig ist oder nicht. Alles das und die Fähigkeit zur Toleranz, das sind die europäischen Werte. Sollten wir mit der EU scheitern, dann drohte dieses Erbe der Menschheit verloren zu gehen.“ (Die Zeit, 20.05.2010)

„Die grandiose Friedens- und Freiheitsidee der Europäischen Union“ (Bundeskanzlerin Merkel in der Regierungserklärung vom 15.12.2010) braucht offensichtlich wieder einen nicht nur verbalen idealistischen Schub, einen „strategischen Aufbruch“. Die Generation derjenigen, die heute über den Euro-Bond diskutieren, scheint häufig eher technokratische Lösungen anzusteuern und weniger im Blick zu haben, dass Europa als ernstzunehmender Machtfaktor in der globalisierten und multipolaren Welt nur vereint überleben kann; schließlich wird Europa Mitte dieses Jahrhunderts voraussichtlich nur noch 7 % der Weltbevölkerung stellen. „Denn woher kommt die Inspiration, wenn Europa dereinst

von denen gestaltet wird, die nicht die Erfahrung eines Europas ohne EU gemacht haben? Wir müssen deshalb Europa jetzt dingfest machen. Ich kämpfe für die Irreversibilität des europäischen Projekts“, sagt dazu Claude Juncker in diesen Tagen im ZEIT-Interview. In einem Leitartikel der gleichen Zeitung wird „europäischer Patriotismus“ gefordert. Wie viel Integration auf der Skala Staatenbund-Bundesstaat letzten Endes notwendig oder auch nur wünschenswert ist, die Frage nach dem „Endstate“, darf dabei durchaus offen bleiben. Die Attraktivität des Modells EU in der globalisierten Weltordnung liegt nicht zuletzt in seiner Offenheit und Flexibilität, der ‚Einheit in Vielfalt‘. Aber ein deutliches Mehr an Integration ist unumgänglich. Eine „Federation light“, wie sie Asger Aamund vom „European Council on Foreign Relations“ in die Diskussion einbringt, ist zumindest als Schlagwort wenig zielführend. Auch wenn manche mittelosteuropäischen EU-Beitrittsländer (und einige Altmitglieder) vor dem Gedanken einer supranationalen europäischen Identität zurückscheuen, so bleibt doch deren Verfestigung und Ausgestaltung ein notwendiges Ziel. Und gerade auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik bietet sich mit dem breiten Instrumentarium politischer, wirtschaftlicher, diplomatischer und kultureller Möglichkeiten ein starker zukunftssträchtiger Ansatz.

Zwar forderten die wenig visionären Personalentscheidungen nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages (van Rompuy, Ashton) Kritik heraus, doch mittlerweile ist festzustellen, dass die neu geschaffenen Ämter ihre identitätsfördernde Wirkung entfalten, die Amtsinhaber sich auch als kompetenter erweisen, als von manchen vorschnell angenommen. Ein wirkungsvoller Ansatzpunkt für eine Revitalisierung der europäischen Idee bietet sich auch mit der Ausgestaltung des ‚Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD)‘, der in die Implementierungsphase geht und das internationale Erscheinungsbild der EU verbessern wird. Und eine positive Wirkung könnte durchaus auch das Konzept „SAFE“ entfalten.

„Das vereinte Europa ist der Garant für unseren Frieden und unsere Freiheit.“
(Kanzlerin Merkel in ihrer Neujahrsansprache 31.12.2010)

3. Links

1. Strategisches Konzept der NATO (englisch)
<http://www.nato.int/lisbon2010/strategic-concept-2010-eng.pdf>
2. Strategisches Konzept der NATO (deutsche Übersetzung)
http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2010/2010-11-30-neues-strategisches-konzept.property=publicationFile.pdf
3. Lisbon Summit Declaration, 20.11.2010
http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_68828.htm
4. Solana/Kaldor: „Time for the Human Approach“ vom 17.11.2010
<http://www.opendemocracy.net/od-russia/mary-kaldor-javier-solana/time-for-human-approach>
5. ECFR-Studie: „The spectre of a multipolar Europe“ von Ivan Krastev und Mark Leonard
http://ecfr.3cdn.net/d294639d029f24c751_ilm6y7pbp.pdf
6. Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) vom 12.12.2003
<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>
7. Bericht über die Umsetzung der ESS v. 11.12.2008
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/DE/reports/104634.pdf
8. Entschließung des EP vom 10.03.2010 zu der Umsetzung der ESS und GSVP
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:349E:0063:0076:DE:PDF>
9. Die Europa-Rede des Ratspräsidenten Van Rompuy am 09.11.2010 in Berlin
http://www.kas.de/upload/dokumente/2010/11/101109_VanRompuy_dt.pdf
10. Konzept „Synchronized Armed Forces Europe (SAFE)“
http://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/omz/oemz2009_03.pdf

Hinweis: Auf meine Website www.sicherheitspolitik-bremen.de weise ich nochmals hin. Sie wird in der Regel täglich aktualisiert. Kritik und Anregungen sind ebenso erwünscht wie Anmeldungen zum Newsletter oder Gesprächskreis über die Kontaktlinks der Website.